

Armut in Europa – eine echte und dringende Aufgabe

Wie leben arme Menschen in der Europäischen Union (EU)? Derzeit sind 79 Millionen Menschen mit diesem harten Los konfrontiert. Manche Menschen haben kein Geld, um im Winter zu heizen oder sich im Krankheitsfall medizinisch behandeln zu lassen. Andere können das Schulessen für ihre Kinder nicht bezahlen. Manche haben nicht einmal ein Dach über dem Kopf.

Durch die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise könnten bis 2010 sechs Millionen Europäer ihren Arbeitsplatz verlieren. Für gefährdete Personen sind die Aussichten schlechter denn je.

Die Europäische Union möchte den Bürgern, denen es am schlechtesten geht, ein menschenwürdiges Leben ermöglichen – und verhindern, dass andere in die Armut abgleiten. Sie betrachtet dies als moralische, soziale und wirtschaftliche Priorität.

Im März 2000 haben sich die europäischen Staats- und Regierungschefs zu einem „entscheidenden Beitrag zur Beseitigung der Armut“ bis 2010 verpflichtet. Europa muss sich dieser Herausforderung stellen und die Mitgliedstaaten müssen ihre Anstrengungen verstärken. Zwar sind es die Mitgliedstaaten, die über die hierfür zu treffenden Maßnahmen entscheiden, aber der Europäischen Union kommt eine wichtige Rolle bei der Anleitung, Förderung und Unterstützung der Anstrengungen der Mitgliedstaaten zu.



79 Millionen Menschen in Europa leben in Armut

Im Gegensatz zu einigen anderen Teilen der Welt muss in der Europäischen Union niemand mehr verhungern. Das bedeutet aber nicht, dass es keine Armut mehr gibt.

- 23,5 Millionen Europäer leben von weniger als 10 Euro am Tag.
- Einer von fünf Europäern lebt unter schlechten Wohnbedingungen.
- Über 9% der Europäer leben in Haushalten, in denen niemand erwerbstätig ist.

Insgesamt sind 79 Millionen Menschen in der EU von Armut betroffen. Das sind 16% der Bevölkerung. Dieser Prozentsatz ist in den letzten zehn Jahren nicht zurückgegangen.

Aber es gibt erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. In der Tschechischen Republik und den Niederlanden leben 10%, in Griechenland sogar 21% und in Lettland 23% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Zwischen 20% und 40% der Bevölkerung in fünf Mitgliedstaaten kann es sich nicht leisten, mindestens alle zwei Tage eine ausgewogene Mahlzeit zu sich zu nehmen. Auch unter armen Menschen gibt es innerhalb der Europäischen Union große Unterschiede im Lebensstandard. In den reicheren Ländern ist der Lebensstandard 3,5-mal so hoch wie in den ärmeren Ländern.

Wie wird Armut gemessen?

Die Europäische Union wendet eine relative Definition von Armut an. Das bedeutet, dass sich die Armutsdefinition am Lebensstandard in dem jeweiligen Land orientiert. Geldmäßig wird die Armutsschwelle bei 60% des durchschnittlichen Nationaleinkommens angesetzt. So beträgt in Polen das monatliche Einkommen arbeitsgefährdeter Menschen weniger als 200 Euro. Im Vereinigten Königreich und in Finnland beträgt dieses Einkommen jedoch 900 Euro. Die Messung von Armut wird jetzt ergänzt durch eine Einschätzung der „Armut in Bezug auf die Lebensbedingungen“, die die Unterschiede im Lebensstandard in den EU-Ländern besser widerspiegelt.



Die verschiedenen Gesichter der Armut

Während 16% der europäischen Gesamtbevölkerung von Armut bedroht sind, liegt dieser Prozentsatz für bestimmte Gruppen noch höher. Kinder und ältere Menschen sind am häufigsten von Armut betroffen.

In der Europäischen Union leben 19 Millionen Kinder in Armut. Das sind 19% der Kinder in der EU. In der Regel liegt das daran, dass ihre Eltern arbeitslos sind oder nur Gelegenheitsbeschäftigungen haben. In manchen Ländern sind schlechte Sozialfürsorgestrukturen ein weiterer Grund. Familien mit nur einem Elternteil sind besonders gefährdet: 32% von ihnen sind armutsgefährdet.

Ältere Menschen sind im gleichen Maß betroffen (19%). In Ländern wie im Vereinigten Königreich, in Spanien und in den baltischen Staaten, in denen dieser Prozentsatz bei bis zu 25% liegt, ist die Situation besonders heikel.

Frauen (17%) und vor allem alleinstehende Frauen (25%) sind stärker betroffen als Männer (15%).

Arbeitslose sind ebenfalls besonders gefährdet. 41% der Arbeitslosen leben unter der Armutsgrenze. Durch Sozialleistungen (wie Familienbeihilfen, Arbeitslosenversicherungsleistungen und Wohnbeihilfen) wird das Armutsrisiko reduziert, aber ein Haushalt, der allein auf Sozialleistungen angewiesen ist, wird kaum so etwas wie einen angemessenen Lebensstandard erreichen.

Ausgrenzung durch Armut

Arm zu sein bedeutet nicht nur, zu wenig Geld zur Verfügung zu haben. Armut bedeutet auch, dass keine Freunde zum Essen eingeladen werden können, man nicht ins Kino gehen und seinen Kindern kein Buch oder keinen Farbkasten schenken kann. Arm zu sein bedeutet, anders zu sein und sich in der Gesellschaft deplatziert zu fühlen. Deshalb ist Armut nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine gesellschaftliche Frage.



Erwerbstätigkeit schützt nicht immer vor Armut

In erster Linie sind Arbeitslose von Armut betroffen. Aber Arbeit zu haben ist keine hundertprozentige Garantie gegen Armut. Immer mehr Menschen in bezahlter Beschäftigung reihen sich in die Kategorie der „von Armut bedrohten Erwerbstätigen“ ein. Sie machen 8% der Erwerbstätigen in der Europäischen Union aus. Griechenland (13%) und Polen (14%) haben den höchsten Prozentsatz an von Armut bedrohten Erwerbstätigen. Am anderen Ende der Skala beläuft sich dieser Prozentsatz in den Niederlanden, in Finnland und in Dänemark auf nur 4%.

Schlechte Bezahlung, geringe Qualifikation, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und ungewollte Teilzeitarbeit sind die Ursachen, die der Erwerbstätigenarmut zugrunde liegen. Der Beschäftigungsstatus des Lebenspartners ist ein weiterer wichtiger Faktor. In Haushalten mit Kindern beispielsweise reicht ein Verdienender oft nicht mehr aus, um eine Familie vor Armut zu bewahren.

Menschenwürdige Arbeit für alle

Die Aktivitäten der EU machen nicht an ihren Grenzen halt. In ihren Beziehungen zu Drittländern und in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen versucht die EU die soziale Dimension der Globalisierung zu stärken. Hierbei geht es darum, allen Menschen echte Möglichkeiten zu ordentlicher, einträglicher Arbeit in Freiheit, Gleichheit, Sicherheit und Menschenwürde zu geben.



Weshalb Armut bekämpfen?

Obwohl Europa eine der reichsten Regionen der Welt ist, fehlt es einem erheblichen Teil der Bevölkerung an Mitteln, die sie für ein menschenwürdiges Leben benötigen. Dieser Zustand steht in ausgesprochenem Gegensatz zu den Grundwerten der Europäischen Union: Solidarität, Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt. Die Europäer fühlen sich diesen drei Werten besonders verbunden. Eine Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2007 ergab, dass soziale Gleichheit und Solidarität für 37% von ihnen zu den drei wichtigsten Werten zählen, die in der heutigen Gesellschaft gewahrt und gestärkt werden sollten.

Die Bekämpfung der Armut ist auch eine wirtschaftliche Priorität. Eine dynamische Wirtschaft und eine sozial gerechte Wirtschaft sind sehr wohl miteinander vereinbar. Im Grunde genommen brauchen wir ein Wirtschaftswachstum, um Sozialleistungen zu finanzieren. Gleichzeitig werden jedoch Arbeitsplätze für die bis dahin Ausgegrenzten sowie die Wiedereingliederung dieser Menschen in die Gesellschaft zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Europäischen Union beitragen.

2010 – Europäisches Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung
Die Bekämpfung der Armut kann nur dann entscheidende Fortschritte machen, wenn jeder, auf allen Ebenen, mitzieht. Deshalb hat die EU beschlossen, das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu machen. In ganz Europa werden zahlreiche Veranstaltungen stattfinden, die die Anerkennung des Grundrechts eines jeden auf ein menschenwürdiges Leben und auf aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben einfordern.



Welche Rolle spielt die Europäische Union?

Die Sozialpolitik ist Sache der Mitgliedstaaten. Sie entscheiden über die Maßnahmen, die zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu ergreifen sind. Die nationalen Regierungen werden sich jedoch zunehmend darüber bewusst, dass eine Koordination der nationalen Politiken auf europäischer Ebene sinnvoll ist. Dies spiegelt sich im Vertrag von Amsterdam (1997) wider, in dem die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung zu einem ausdrücklichen Ziel der EU-Sozialpolitik gemacht wird. Die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung ist in das Aktionsfeld der Europäischen Gemeinschaft gerückt worden, die die Maßnahmen der Mitgliedstaaten „ergänzt und vervollständigt“.

Konkret wird die Europäische Union auf verschiedenerlei Art tätig:

- Koordination: lenkt, fördert und bewertet die nationale Politik der Mitgliedstaaten;
- wechselseitiges Lernen: ermöglicht lokalen oder nationalen Verwaltungen und Vereinigungen, ihre Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen;
- finanzielle Unterstützung: trägt zur Integration von Menschen bei, die sich in Schwierigkeiten befinden, und fördert Initiativen für wechselseitiges Lernen.

Durch sozialpolitische Maßnahmen allein kann der Armut jedoch nicht entgegengewirkt werden. Deshalb sorgt die Europäische Union dafür, dass in allen Politikbereichen, die sich auf Armut und Ausgrenzung auswirken können (zum Beispiel die Beschäftigungs- und Wohnungsbaupolitik), soziale Ziele berücksichtigt werden.

Der Europäische Sozialfonds

Der Europäische Sozialfonds ist das wichtigste finanzielle Instrument der europäischen Sozialpolitik. Von den 76 Milliarden Euro im Budget für 2007-2013 sind 20% für die soziale Eingliederung vorgesehen und werden hauptsächlich dazu verwendet, benachteiligten Personengruppen zu helfen, eine dauerhafte Beschäftigung zu finden.



Europäische Strategie zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Es gibt kein europäisches Patentrezept für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Aber es besteht sehr wohl die Notwendigkeit zu gemeinsamem Handeln und zum Austausch von *Know-how*. Das ist der Hauptgedanke hinter der Europäischen Strategie zur Bekämpfung von Armut.

Diese Strategie nahm im März 2000 Gestalt an. Als sich die europäischen Staats- und Regierungschefs zu einem „entscheidenden Beitrag zur Beseitigung der Armut“ verpflichteten, verständigten sie sich auch auf einen ganz neuen Rahmen für die politische Zusammenarbeit, nämlich auf die Offene Methode der Koordinierung (OMK). In der Tat legten sie Ziele fest, die insbesondere auch durch Lernen voneinander erreicht werden sollten. Ihre Maßnahmen werden alljährlich von der Europäischen Kommission bewertet.

- Dadurch dass die Europäische Union die Mitgliedstaaten auffordert, Programme zur Bekämpfung von Armut zu entwickeln, werden die Mitgliedstaaten veranlasst, dieser Frage größere Bedeutung beizumessen.
- Durch die Bewertung der Ergebnisse und Fortschritte der politischen Maßnahmen werden die Mitgliedstaaten dazu angeregt, ihre Maßnahmen anzupassen und zu intensivieren.
- Dadurch dass den Mitgliedstaaten ein wechselseitiges Lernen ermöglicht wird, werden sie veranlasst, nach besseren Lösungen zu suchen, um sozialen Fortschritt zu erreichen.

Nationale Strategien zur sozialen Eingliederung
Jedes Jahr erstatten die Mitgliedstaaten Bericht über ihre Strategien zur sozialen Eingliederung. Die Kommission und der Rat beurteilen gemeinsam die erzielten Fortschritte, legen oberste Prioritäten fest und identifizieren gute Praktiken sowie innovative Ansätze, die als Vorbild für andere Mitgliedstaaten dienen könnten.



Armut von Kindern: Durchbrechen des Teufelskreises

19% der Kinder in der Europäischen Union leben in Armut und Entbehrung. Diese Kinder werden es schwerer haben, in der Schule erfolgreich zu sein, gesund zu bleiben und später Arbeit zu finden. Sie laufen Gefahr, in einem Teufelskreis gefangen zu werden, bei dem das Problem letztlich von einer Generation zur nächsten weitergegeben wird. Deshalb haben die EU und die Mitgliedstaaten die Bekämpfung der Armut von Kindern zur obersten Priorität gemacht.

In neueren Studien auf europäischer Ebene wurden ausführliche Analysen des Problems durchgeführt. Dies sollte zur Prävention und erfolgreicherer Bekämpfung des Problems beitragen. Es zeigt sich ganz deutlich, dass bei der Bekämpfung der Armut von Kindern Strategien am wirkungsvollsten sind, bei denen Maßnahmen zur Wiedereingliederung der Eltern in den Arbeitsmarkt mit Mindesteinkommensmechanismen für Familien und besserem Zugang zu wichtigen Leistungen (wie Kinderbetreuung, Bildung, Wohnraum und Gesundheitsversorgung) kombiniert werden. Die besten Ergebnisse erzielen auch Länder, die Beihilfen für alle Familien mit gezielten Maßnahmen für die am gefährdetesten Menschen kombinieren.

Heute haben sich 22 EU-Staaten präzise Ziele gesetzt. Die meisten Regierungen haben eine Intensivierung der Maßnahmen zur Bekämpfung der verschiedenen Fassetten der Armut von Kindern vorgesehen.



Aktive Eingliederung als Ziel

Da Menschen, die sich in einer Situation der Armut und Ausgrenzung befinden, im Allgemeinen mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert sind (darunter Arbeitslosigkeit, fehlende Qualifikation, Gesundheits- und Wohnungsprobleme), verfolgt die Europäische Union seit 2006 eine Gesamtstrategie, nämlich die Strategie der „sozialen Eingliederung“. Dabei geht es um die stärkere Vernetzung von Einkommensbeihilfen, Arbeitsmarktintegration und dem Zugang zu Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse.

Zwar besitzen die meisten Mitgliedstaaten zahlreiche Unterstützungsmechanismen, aber damit gelingt es nicht immer, die Bedürftigen zu erreichen und sie aus der Armut zu befreien.

Um dieser Strategie neuen Schwung zu verleihen, hat die Kommission im Oktober 2008 vorgeschlagen, die Mitgliedstaaten sollten gemeinsame Ziele mit Blick auf eine stärkere Koordination ihrer Politik für die Arbeitsmarktfernen einführen. Konkret bedeutet dies, dass die Mitgliedstaaten politische Maßnahmen definieren müssen, um so viele Menschen wie möglich wieder in Beschäftigung zu bringen und dafür zu sorgen, dass diejenigen, die keine Arbeit finden, über genügend Mittel für ein menschenwürdiges Leben verfügen. Hier geht es darum, die richtigen Anreize und die richtige Mischung zu finden.



Bessere Integration von Migranten

Migranten sind stärker der Gefahr der Marginalisierung und sozialen Ausgrenzung ausgesetzt als die Bürger der Europäischen Union. Ungleichheiten zwischen Migranten und EU-Bürgern bestehen in den Bereichen Arbeitslosigkeit sowie Gesundheit und Bildung. Die Beschäftigung ist ein besonders typisches Beispiel. Arbeit ist einer der besten Wege, nicht von Armut befallen zu werden. In vielen Ländern wie etwa in Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Belgien, Schweden und Dänemark ist die Beschäftigungsquote von Migranten aber 6% bis 16% niedriger als für die anderen Bürger dieser Staaten.

Neuere Studien über die soziale Situation von Migranten zeigen, dass politische Maßnahmen zur besseren Integration in die Gesellschaft über eine bloße Aufnahmepolitik hinausgehen müssen. Ein umfassendes Verständnis von Integration sollte es möglich machen, die Ungleichheit in allen Bereichen (Wohnen, soziale Sicherung, allgemeine und berufliche Bildung sowie Diskriminierung) zu bekämpfen.

Seit 2006 haben die Mitgliedstaaten die Integration von Migranten zu einer der Prioritäten ihrer nationalen Strategien zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gemacht. Sie unternehmen stärkere Anstrengungen, um ihre Integrationspolitik mit Anti-Diskriminierungs-Maßnahmen zu kombinieren. Der Europäische Sozialfonds sieht auch ein besonderes Budget von über einer Milliarde Euro zur Steigerung der Arbeitsmarktbeteiligung von Migranten vor.

Interessieren Sie sich für die Publikationen der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit?

Wenn ja, können Sie diese auf der nachstehenden Webseite herunterladen oder ein kostenloses Online-Abo abschließen:
<http://ec.europa.eu/social/publications>

ESmail ist der elektronische Newsletter der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit.

Sie können den Newsletter online abonnieren unter:
http://ec.europa.eu/employment_social/emplweb/news/esmail_de.cfm

Foto: Michel Loriaux
© Europäische Gemeinschaften, 2009
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Printed in Belgium
GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER



KE-78-09-821-DE-D

Schaffung einer gerechteren Gesellschaft

Eine Priorität der Europäischen Union

